

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes Köln und Region	bis 18:10 Uhr anwesend
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	bis 17:17 Uhr anwesend
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	anwesend zu TOP 0. und ab 17:18 Uhr
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	ab 15:40 Uhr anwesend
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz	
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde	bis 18:15 Uhr anwesend

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen	auf Vorschlag der Seniorenvertretung	bis 18:02 Uhr anwesend
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates	bis 18:06 Uhr anwesend
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	bis 17:30 Uhr anwesend

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Herr Friedrich Dahmen	151/1
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Wolfgang Guth	50/2
Frau Monika Langenbach	IV/2
Herr Dr. Jan Leidel	53
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Herr Uwe Nahrwold	152
Herr Dieter Noth	15/1
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	V/3
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56 + 5620
Herr Jörg Simon	10/3

Schriftführer/in

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Herr Hans-Heinrich Lierenfeld	parteilos	entschuldigt
-------------------------------	-----------	--------------

Der Ausschussvorsitzende Herr Kluth weist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Punkte neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 3.2, 3.3, 4.17 bis 4.23, 6.1, 7.1, zu 8.1.1, zu 8.1.2, zu 8.1.3, zu 8.1.5, zu 8.1.6, 8.2.1, 9.2, 10.4, 10.5, 11.6 bis 11.8.

Außerdem schlägt Herr Kluth vor, TOP 3.1 und 8.1.2 und alle 11 Mitteilungen zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu Bürgerhäusern, d.h. 4.7, 4.10 bis 4.15, 4.17, 4.18, 4.21 und 4.22, zusammen zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt einstimmig, den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 7.1 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Vorschlag und der aktualisierten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin gem. § 5 Hauptsatzung

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 CAP - Die Lebensmittelpunkt-Märkte
2061/2009

3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Pohl (FDP) zur Situation obdachloser Menschen in Köln (TOP 8.1.1 der Sitzung am 23.04.2009, Anfrage der CDU AN/0008/2009, Antwort der Verwaltung 1061/2009)
1973/2009

3.3 Informationen und Zahlen zu der Entwicklung von barrierefreiem Wohnraum
2299/2009

4 Mitteilungen

4.1 Tätigkeitsbericht 2008 der Kölner Seniorenvertretung
1037/2009

4.2 Belegungsmanagement für den geförderten Wohnungsbau
1687/2009

- 4.3 Umsetzung des Konjunkturprogramms II
1536/2009
- 4.4 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa Hier:
Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren
0634/2009
- 4.5 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsange-
bote in Köln
1547/2009
- 4.6 Das Drogenhilfesystem in Köln
1568/2009
- 4.7 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus MÜTZe
1723/2009
- 4.8 Forderungen des Mietervereins Köln an die Kölner Kommunalpolitik
1727/2009
- 4.9 Gutachten "Optimierung der Gebietskulissen für die regionale Differenzie-
rung der Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen" und Schlussfolge-
rungen für Köln
1297/2009
- 4.10 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerschaftshaus Bocklemünd
2154/2009
- 4.11 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Ehrenfeld
2152/2009
- 4.12 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus Stollwerck
2189/2009
- 4.13 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Chorweiler
2190/2009
- 4.14 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus Kalk
2191/2009
- 4.15 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Deutz
2192/2009

- 4.16 Veränderung der Finanzierung bei der rechtsrheinischen Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige "KAD II"
1906/2009
- 4.17 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Engelshof
2254/2009
- 4.18 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Quäker Nachbarschaftsheim
2256/2009
- 4.19 Senkung der Unterkunftskosten SGB II
1936/2009
- 4.20 Bericht über den Start des lokalen Büros "Die Chance"
2357/2009
- 4.21 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Alte Feuerwache
2277/2009
- 4.22 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Nippes
2281/2009
- 4.23 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten -
2336/2009
- 4.24 Beschäftigungsprogramm "Wir im Quartier"
hier: mündliche Mitteilung der Verwaltung

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 06/2009
2333/2009

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 7.1. "Erhalt der Überlebensstation "Gulliver" am Hauptbahnhof"
AN/0985/2009

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1. Investitionen in Mietobjekte
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0308/2009
zu
8.1.1 Antwort der Verwaltung
2090/2009
- 8.1.2 Einkaufsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.04.2009
AN/0663/2009
zu
8.1.2 Antwort der Verwaltung
2081/2009
- 8.1.3. Embrace Hotels - integrative Betriebe der Hotellerie
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.04.2009
AN/0691/2009
zu
8.1.3 Antwort der Verwaltung
1865/2009
- 8.1.4. Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
16.04.2009
AN/0700/2009
- 8.1.5. Kosten der Unterkunft im SGB II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.04.2009
AN/0705/2009
zu
8.1.5 Antwort der Verwaltung
1926/2009
- 8.1.6. Empfehlungen in Fällen von Nichtvermittelbarkeit
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.04.2009
AN/0706/2009
zu
8.1.6 Antwort der Verwaltung
1800/2009

8.2 Aktuelle Anfragen

- 8.2.1. Präventions- und Beratungsarbeit im Bereich männlicher Prostitution
AN/2560/2008

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

- 9.1 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen
2130/2009
- 9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 2)
1975/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm, 5. Programmstufe 2009
0501/2009
- 10.2 Sanierung Porz-Finkenbergr Soziale Stadt NRW
0512/2009
- 10.3 Umsetzung des Konzeptes zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten (1. Umsetzungsphase) und Mittelfreigabe in 2009
2153/2009
- 10.4 Entwicklung und Umsetzung eines Modell-Projektes zur Qualifizierung von Integrationslotsen und Mittelfreigabe entsprechender Haushaltsmittel in 2009
2167/2009
- 10.5 Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen Vingster Treff e.V. und KALZ e.V.
hier: Bewilligung eines einmaligen Zuschusses zur dv-technischen Optimierung
2218/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut
5156/2008
- 11.2 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Wohngebäuden Am Rolshover Hof 1 - 26, 51105 Köln - Poll.
0987/2009
- 11.3 Handlungskonzept Demographischer Wandel
- Bericht -
1754/2009
- 11.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
1885/2009
- 11.5 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - Statusbericht
1947/2009
- 11.6 Durchführung der Interkulturellen Woche in Köln - Zuschuss an den Caritasverband für die Stadt Köln
1368/2009
- 11.7 Zuschuss für den Verein "Christlich-Islamische Gesellschaft e.V."
1367/2009
- 11.8 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009 hier: Förderanträge Islamischer Kulturverein e.V., Jugendhilfe Afrika 2000 e.V., Weltmusik, Klezmer und Ästhetik Akademie-Integrations- und Begegnungszentrum e.V.
2251/2009

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

- 13.1 Ratsbeschluss zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der Verwaltung
hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling

- 13.2 Hearing "Straffälligenhilfe"
hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin gem. § 5 Hauptsatzung

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verpflichtet Frau Maria Hanisch gem. § 5 der Hauptsatzung zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 CAP - Die Lebensmittelpunkt-Märkte 2061/2009

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 8.1.2 beraten.

Herr Pohl (FDP) bedauert, dass in den Beantwortungen der Zeitfaktor immer etwas unpräzise bleibe. Er hält die genannten Ansätze für gut und spricht sich dafür aus, diese mehr zu forcieren und in regelmäßigen Abständen im Ausschuss darüber zu berichten.

3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Pohl (FDP) zur Situation obdachloser Menschen in Köln (TOP 8.1.1 der Sitzung am 23.04.2009, Anfrage der CDU AN/0008/2009, Antwort der Verwaltung 1061/2009) 1973/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.3 Informationen und Zahlen zu der Entwicklung von barrierefreiem Wohnraum 2299/2009

Herr Ensmann erklärt, auf Grund des demographischen Wandels werde deutlich, welcher großer Handlungsbedarf demnächst auf Hauseigentümer und Investoren zukommen werde.

4 Mitteilungen

4.1 Tätigkeitsbericht 2008 der Kölner Seniorenvertretung 1037/2009

Herr Ensmann und Herr Dr. Heinen danken der Seniorenvertretung und loben ihr Engagement für die älteren Menschen in Köln.

Frau Burauen bedankt sich für das Lob und wird dieses an die Vertreterinnen und Vertreter der Seniorenvertretung weitergeben.

4.2 Belegungsmanagement für den geförderten Wohnungsbau 1687/2009

Herr Schleicher teilt auf Nachfrage von Herrn Helling mit, diese Anfrage sei ebenfalls dem Ausschuss für Bauen und Wohnen zur Kenntnis gegeben worden.

4.3 Umsetzung des Konjunkturprogramms II 1536/2009

Frau Dr. Köhler nimmt Bezug auf die Herstellung der Barrierefreiheit für die Bürgerhäuser und Bürgerzentren aus den Mitteln des Konjunkturprogramms. Sie fragt, ob hierbei auch Barrierefreiheit im weiteren Sinne, wie z.B. technische Voraussetzungen für Schwerhörige, hergestellt werde. Weiterhin regt Frau Dr. Köhler an, auch die kleinen Bürgerhäuser zu berücksichtigen.

Frau Bredehorst sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.4 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa Hier: Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren 0634/2009

Zu der Dezentralisierung der bürgerbezogenen Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren auf die einzelnen Stadtbezirke fragt Herr Ensmann, warum die Mitteilung von Dezernat I (Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht) erstellt worden sei und ob das Personal für diese Aufgaben den jeweiligen Bezirksämtern zugeordnet werde.

Frau Bredehorst teilt mit, zuständig für die Organisation innerhalb der Verwaltung sei das Organisationsamt.

Herr Simon erläutert kurz die Überlegungen des Organisationsamtes zu dieser Maßnahme. Insbesondere auf Grund der Fallzahlenentwicklung sei es ratsam, in jedem Stadtbezirk eine Außenstelle zu haben.

4.5 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsangebote in Köln 1547/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.6 Das Drogenhilfesystem in Köln 1568/2009

Herr Kellner nimmt Bezug auf die Aussage auf Seite 3, Beratung von Beschaffungsprostituierten, dass die anhaltende Unterbringung in Containern ohne fließendes Wasser völlig unbefriedigend sei. Er fragt, welche Lösungsansätze die Verwaltung hierzu habe.

Herr Dr. Leidel erklärt hierzu, die Verwaltung habe zwar in der Mitteilung auf die gesehenen Bedarfe hingewiesen, jedoch habe sich die Situation vor allem in den Sozialräumen Chorweiler und Meschenich seit Erstellung der Mitteilung weiter entwickelt. In beiden Bereichen gebe es Brennpunkte, die durch einen teilweise verdeckten oder teilweise ganz offenen Umgang mit vor allen Dingen illegalen, aber auch legalen Drogen gekennzeichnet seien. Die Verwaltung sehe in Meschenich einen Bedarf für ein niedrigschwelliges Beratungsangebot sowohl im Zusammenhang mit illegalen, als auch legalen Drogen und die Notwendigkeit nach einer erfolgten Anbindung an das Hilfesystem die Suchtkranken in weiterführende Maßnahmen zu vermitteln. Herr Dr. Leidel teilt mit, die Verwaltung habe Kontakt sowohl mit der Wohnungsgesellschaft als auch mit geeigneten Trägern aufgenommen und sei zuversichtlich, relativ kurzfristig ein solches Beratungsangebot zu etablieren.

Herr Dr. Leidel berichtet, die Situation in Chorweiler sei ähnlich. Auch hier versuche die Verwaltung, möglichst kurzfristig ein niedrigschwelliges Angebot zu etablieren.

Herr Helling stellt einige Fragen zu dieser Mitteilung. Zunächst bittet er um eine tabellarische Übersicht über die derzeitige Besetzung innerhalb des Drogenhilfesystems (einschließlich der freien Träger) bezüglich der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund

Herr Helling bittet darüber hinaus zu der Problematik in Meschenich und Chorweiler, um eine schriftliche Beantwortung bezüglich der konkreteren Vorbereitungen mit einzelnen Trägern.

Weiterhin fragt er, ob mit der Zahl der bisherigen 1.500 Plätze für Substitutionsbehandlungen ein Endpunkt erreicht worden sei, oder ob es noch Perspektiven gebe, diese Zahl weiter auszuweiten.

Außerdem interessiert Herrn Helling vor dem neuen Hintergrund der heroingestützten Behandlung, wie der Fortsetzungsbeschluss für Köln aussehen könnte.

Weiter bittet Herr Helling um Auskunft über die Platzzahlen in den Berufsvorbereitungen und Arbeitsmöglichkeiten.

Abschließend fragt er, welchen Bedarf die Verwaltung bei stoffunabhängigen Süchten, wie z.B. Spiel- oder Internetsucht, sehe und welche derzeitige Beratungsstruktur es gebe, und ob diese ausbaufähig sei.

Herr Dr. Leidel erklärt, die Substitution habe mit 1.500 Plätzen eine gewisse Sättigung erreicht.

Der Fortsetzungsbeschluss zur diamorphingestützten Behandlung werde nach seiner Einschätzung allen etwas leichter fallen, weil diese Verhandlungen die Stadt erheblich weniger Geld kosten werde.

Abschließend sagt Herr Dr. Leidel die schriftliche Beantwortung der weiteren Fragen zu.

Frau Bredehorst ergänzt, es bedürfe neben dem Bundestagsbeschluss noch einiger weiterer Beschlüsse, um die Finanzierung der heroingestützten Behandlung als Arzneimittel über die Krankenkassen zu ermöglichen. Diese Beschlüsse gebe es noch nicht. Hierzu gibt Frau Bredehorst noch einige Hintergrundinformationen. Sie gehe nicht davon aus, dass das weitere Verfahren zur Zulassung von Diamorphin als Medikament so schnell zu Ende gebracht werden könne. Der Weg dahin sei jedoch geöffnet worden.

Herr Dr. Leidel erklärt auf Nachfrage von Frau Wilden, der Handel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln und insbesondere mit Betäubungsmitteln sei reglementiert und mit vielen Verboten belegt. Das Gesundheitsamt treibe jedoch keinen Handel mit Diamorphin. Jedoch können Arzneimittel und Betäubungsmittel bei Kranken, die ihrer bedürfen, sehr wohl angewendet werden.

Herr Ensmann nimmt Bezug auf die Aussage auf Seite 6 der Mitteilung, dass sich die Substitution in der vorhandenen Verteilung und Kooperation von niedergelassenen Ärzten und Fachambulanz bewährt habe. Herr Ensmann berichtet über einen Fall in Bonn, bei dem ein niedergelassener Arzt von einem Tag auf den anderen 400 Patienten nicht mehr versorgt habe.

Herr Ensmann fragt, ob es eine Begrenzung bei der Fallzahl von Seiten der Krankenkasse gebe und ob dies kontrolliert werde.

Herr Dr. Leidel führt aus, es gebe abhängig von der Art der Praxis tatsächlich Begrenzungen in der Fallzahl. Die Überwachung der Einhaltung dieser Begrenzungen obliege den Ärztekammern und kassenärztlichen Vereinigungen.

Herr Dr. Leidel betont, in der Stadt Köln sei ihm kein vergleichbarer Fall bekannt.

Bei dem von Herrn Ensmann benannten Fall seien auch einige Kölner Patienten betroffen gewesen. Bei diesen Kölner Patienten sei es mit dem Kölner Hilfesystem gelungen, ein medizinisch vernünftiges und sachgerechtes Angebot zu unterbreiten.

4.7 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus MütZe 1723/2009

Die Tagesordnungspunkte 4.7, 4.10 bis 4.15, 4.17, 4.18, 4.21 und 4.22 werden alle zusammen beraten.

Herr Helling fragt zu dem unter Punkt 2. und 3. geschilderten Verfahren, wie der weitere Fortgang der Diskussion geplant sei.

Die Aussage, dass sich die vorliegende Ziel- und Leistungsvereinbarung des Bürgerhauses MütZe, sowie auch bei den anderen Bürgerhäusern, als praktikabel erwiesen habe, hält er für zu optimistisch, da man sich im ersten Entstehungsprozess dieser Ziel- und Leistungsvereinbarungen befinde.

Herr Helling erklärt, seines Wissens sei diskutiert worden, dass unterschiedliche Meinungen von Bürgerzentren und Verwaltung dokumentiert werden sollen. Abweichende Stellungnahmen eines Bürgerzentrums habe er in allen vorliegenden Vereinbarungen jedoch nicht gefunden. Er bittet um Information, ob es tatsächlich keine abweichenden Stellungnahmen gegeben habe oder ob diese hier nicht dokumentiert worden seien.

Abschließend stellt Herr Helling heraus, dass man sich am Beginn eines Prozesses befinde und dass es einerseits ein großer Fortschritt sei, mit diesen Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu arbeiten, andererseits aber der Prozess sehr sensibel gestaltet und auf gleicher Augenhöhe mit den Trägern gearbeitet werden sollte.

Herr Ensmann regt an, für die Zukunft eine zusammenfassende Darstellung, z.B. in Form einer Synopse zu wählen.

Herr Guth teilt mit, es habe einen intensiven und fruchtbaren Dialog mit den Einrichtungen gegeben. Diese Gespräche über Bedingungen und Bedarfe der Arbeit, aber auch über zu Verfügung stehende Ressourcen und die inhaltlichen Möglichkeiten haben bis Mai andauert. Dabei seien die Beteiligung der Beiräte und die Beratungen in den Bezirksvertretungen für manche Häuser auf der Strecke geblieben.

Herr Guth sagt zu, diese Beteiligungen in einer Synopse zusammenzufassen und dem Ausschuss entsprechend nachzureichen.

Für das weitere Verfahren sei wichtig, dass die Beiräte und Bezirksvertretungen vor dem Fachausschuss Stellung nehmen können. Die Leistungsvereinbarungen für 2010 werden im Spätherbst in die Gremien gegeben werden, so dass noch die Möglichkeit bestehe, haushaltsrelevante Beschlüsse fassen zu können, die sich aus den Ziel- und Leistungsvereinbarungen ergeben können.

Für 2009 habe man jedoch eine fertige Jahresplanung der Bürgerhäuser aufgenommen und in die Form der Ziel- und Leistungsvereinbarungen eingearbeitet. Daher gebe es zurzeit relativ wenige unterschiedliche Auffassungen zwischen Trägern und Verwaltung.

Herr Guth betont, insgesamt seien die Ziel- und Leistungsvereinbarungen geprägt vom Geist des Miteinanders auf gleicher Augenhöhe. Es handele hierbei sich also nicht um einen Auftrag, sondern eine Vereinbarung.

Die Bewertung, dass das System der Ziel- und Leistungsvereinbarungen nach dem 1. Durchlauf als „praktikabel“ eingestuft wurde, sei der hohen Motivation und der beidseitigen Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten geschuldet.

Frau Bredehorst betont nochmals, es handele sich hier um Vereinbarungen. Sie ergänzt, man befinde sich ungefähr in der Mitte eines Prozesses, der schon vor einiger Zeit begonnen habe. Frau Bredehorst berichtet über die lange währende Entwicklung der Bürgerzentren vom Rahmenkonzept bis hin zu den Zielvereinbarungen. Sie erklärt, sie sei froh über den heute erzielten einvernehmlichen Stand.

Frau Bredehorst weist darauf hin, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen seien sehr individuell innerhalb des Rahmenkonzeptes. Sie hält es gerade für den Anfang des Prozesses für wichtig, dass der Ausschuss die gesamte Ziel- und Leistungsvereinbarung zur Kenntnis nehmen könne.

Frau Bredehorst schlägt vor, nach einem Jahr nochmals die Zielvereinbarung mit jedem einzelnen Bürgerzentrum dem Ausschuss vorzulegen. Die Verwaltung werde jedoch grundsätzlich die Möglichkeiten einer besseren Darstellungsform prüfen.

4.8 Forderungen des Mietervereins Köln an die Kölner Kommunalpolitik 1727/2009

Herr Kluth bittet die Verwaltung, zu der Forderung zum Bau von jährlich mindestens 2.000 öffentlich geförderten Wohnungen Stellung zu nehmen. Er fragt, ob die Verwaltung ebenfalls diesen Bedarf sehe und ob die Förderung des Landes dieses Volumen ermögliche.

Herr Schleicher erklärt, die Wohnungsverwaltung sei derzeit mit dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik dabei, die Zahlen näher zu prüfen. Er erwarte bei der Prüfung mit Sicherheit im Ergebnis eine höhere Bedarfszahl als 1.000 Wohnungen. Insofern werde den Fachausschüssen diese Zahl in nächster Zeit konkreter vorgestellt werden.

Herr Schleicher teilt mit, die Stadt Köln erhalte bisher die höchsten Fördersummen des Landes. Dies sei in diesem Jahr sicherlich auch noch so. Die weitere Entwicklung in der Zukunft bleibe jedoch abzuwarten.

Frau Bredehorst ergänzt, derzeit gebe es einen großen Nachholbedarf bei barrierefreiem und auch bei preiswertem Wohnraum. Die einzige Möglichkeit diese Probleme anzugehen, sehe sie im Neubau von öffentlich gefördertem Wohnraum. Der Bedarf nach mehr günstigem Wohnraum sei derzeit in jedem Fall gegeben. Die Schwierigkeit bestehe jedoch darin, die notwendige Menge an Wohnraum überhaupt zu erreichen. In den letzten Jahren sei es nicht gelungen, 1.000 Wohnungen zu schaffen. Mit den Anstrengungen der Neuausrichtung des Wohnungsamtes, könne es in diesem Jahr geschafft werden, 1.000 Wohnungen zu errichten. Daher sei eine Zahl von 2.000 öffentlich geförderte Wohnungen derzeit nicht zu realisieren.

Frau Bredehorst betont, Investoren stehen zwar nun in ausreichendem Maße zu Verfügung, nun fehle es an geeigneten Grundstücken.

Herr Schleicher ergänzt, da nicht genügend städtische Grundstücke für den öffentlich geförderten Wohnungsmarkt zu Verfügung stehen, müsse die Verwaltung nun Überlegungen anstellen, wie man verstärkt an Grundstücke kommen könne, die in Privatbesitz seien. Hierfür seien gegebenenfalls auch Anschubfinanzierungen erforderlich. Herr Schleicher teilt mit, als zweite Möglichkeit gebe es die sozialgerechte Bodennutzung, die zurzeit im Wohnungsbauforum diskutiert werde. Sobald die Überlegungen im Wohnungsbauforum abgeschlossen seien, werde die Verwaltung entsprechende Vorschläge vorlegen.

Dieser Situation komme entgegen, dass die Immobilienwirtschaft in Köln derzeit auf Mietwohnungen setze. Herr Schleicher glaubt, dass die Verwaltung noch mehr Investoren finden könne, die zusätzlich mit privaten Grundstücken in das Geschäft einsteigen werden.

Herr Kluth und Herr Pohl (FDP) werfen die Frage auf, ob und welche Auswirkungen diese Forderungen des Mietervereins z.B. auf das nächste Wohnungsbauprogramm haben werden.

Herr Schleicher teilt mit, der Wohnungsmarkt sei wesentlich von Stimmungslagen geprägt. Der Mieterverein sei ein wichtiges Gremium dieser Stadt und habe einen guten Überblick über die Bedarfslage von Menschen in dieser Stadt. Wenn dort eine grundlegende Aussage gemacht werde, habe dies eine kommunalpolitische Bedeutung. Es sei daher richtig, diese Mitteilung dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Frau Bredehorst erklärt, das Wohnungsbauprogramm sei aufgrund von realistischen Annahmen erstellt worden. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen sei es schon schwierig, 1.000 öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr zu erstellen. Das mehr benötigt werden, sei unbestritten.

Derzeit gebe es ein Missverhältnis von preiswertem und teurerem Wohnraum in Köln. Man müsse dieses Verhältnis ändern, entsprechend der Einkommensstrukturen in der Stadt. Das Wohnungsbauprogramm stelle einen Weg dorthin vor.

Frau Bredehorst betont, im Gegensatz zu früheren Jahren gebe es auch durch die Änderung der Politik des Wohnungsamtes die Entwicklung, dass mehr Investoren gewonnen werden können. Die neue Situation sei, dass nunmehr die Baugrundstücke fehlen.

Herr Ensmann hält es für wichtig, einen Impuls aus dem jeweiligen Fachbereich zu bekommen. Die weitere Vorgehensweise sei innerhalb der jeweiligen Fraktionen zu beraten.

Herr Helling betont, in Fragen des Wohnungsbaus gebe es neben der Verwaltung zwei nicht städtische Akteure, die Wohnungswirtschaft und den Mieterverein. In diesem Ausnahmefall halte er es für zulässig, dass der Ausschuss über die Forderung des Mietervereins informiert worden sei.

Um jedoch weiter ernsthaft im Ausschuss arbeiten zu können, spricht sich Herr Helling dafür aus, künftig nicht alle Stellungnahmen diverser Gruppierungen dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

**4.9 Gutachten "Optimierung der Gebietskulissen für die regionale Differenzierung der Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen" und Schlussfolgerungen für Köln
1297/2009**

Herr Ensmann bezieht sich auf die Aussage, dass das Ministerium die genauen Punktzahlen, die die Kommunen in den jeweiligen Bedarfs- und Kostenkategorien erreichen, auch auf Nachfrage leider nicht bekannt gebe. Er fragt, ob es sich hierbei um wichtige Daten für die Verwaltung handele und wie diese nun weiter verfare. Außerdem erstaunt ihn, dass wissenschaftliche Untersuchungen in Frage gestellt werden.

Herr Dahmen erklärt, in Zusammenhang mit der zuvor von Herrn Schleicher in TOP 4.8 angesprochenen Bedarfsermittlung versuche die Verwaltung auch diese Zahlen weiter zu prüfen. Es handele sich hier jedoch um eine sehr umfangreiche Studie. Die Verwaltung werde den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über die Ergebnisse informieren.

**4.10 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerschaftshaus Bockle-
münd
2154/2009**

siehe TOP 4.7

**4.11 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Ehrenfeld
2152/2009**

siehe TOP 4.7

**4.12 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus Stollwerck
2189/2009**

siehe TOP 4.7

**4.13 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Chorweiler
2190/2009**

siehe TOP 4.7

**4.14 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus Kalk
2191/2009**

siehe TOP 4.7

**4.15 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Deutz
2192/2009**

siehe TOP 4.7

**4.16 Veränderung der Finanzierung bei der rechtsrheinischen Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige "KAD II"
1906/2009**

Herr Ensmann teilt mit, bei dieser Mitteilung sei nicht der Inhalt, sondern die Kostenfrage problematisch. Er fragt, warum die Mehrkosten nicht vorher erkennbar gewesen seien.

Herr Schleicher erklärt, die Verwaltung habe sehr lange nach „KAD II“ gesucht. Nun sei es gelungen, ein altes Gebäude, das drei Jahre leer stand, anzumieten. Nach einer genaueren technischen Begutachtung habe sich das in Rede stehende Problem entwickelt. Das Problem sei bei solch alten Gebäuden nicht ungewöhnlich. Im Verhältnis sei dies immer noch ein günstiges Projekt, da die Verwaltung einen sehr günstigen Mietpreis erhalten habe. Die Umlage der Umbaukosten werde zur Finanzierung der Mehrkosten von 5 auf 8 Jahre verlängert.

Frau Bredehorst ergänzt, die erste Vorlage für die Gremien sei sehr kurzfristig erstellt worden, da es der Verwaltung wichtig war, dass der Mietvertrag unterschrieben werden konnte. Sie sei sehr froh darüber, dass man einen Standort gefunden habe. Daher habe man die Umbaukosten für die erste Vorlage nur nach einer ersten Inaugenscheinnahme schätzen können.

Auf Nachfrage von Frau Eylert fügt Frau Bredehorst hinzu, die zukünftige Nutzung des Deutzer Hafens werde insgesamt diskutiert. Der in Frage kommende Mietzeitraum sei jedoch für die künftige Nutzung des Deutzer Hafens unkritisch.

**4.17 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Engelshof
2254/2009**

siehe TOP 4.7

**4.18 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Quäker Nachbarschaftsheim
2256/2009**

siehe TOP 4.7

**4.19 Senkung der Unterkunftskosten SGB II
1936/2009**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.20 Bericht über den Start des lokalen Büros "Die Chance"
2357/2009**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.21 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Alte Feuerwache
2277/2009**

siehe TOP 4.7

**4.22 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerzentrum Nippes
2281/2009**

siehe TOP 4.7

**4.23 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten -
2336/2009**

Herr Schleicher teilt mit, es sei schwierig gewesen, die genaue Zahl der Antragsteller zu berechnen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von 8 bis 10 Wochen sei bei allen anderen Wohngeldstellen in NRW ebenfalls üblich.

Herr Schleicher berichtet, dass eine Organisationsuntersuchung für diesen Bereich folgen werde, bei denen die aktuellen Bemessungszahlen im Verhältnis zum Personalbestand genau festgelegt werden.

Frau Burauen kritisiert, dass die Auszahlung des Wohngeldes für Menschen mit geringem Einkommen zu lange dauere. Sie plädiert dafür, die Wohngeldstellen mit

mehr Personal auszustatten, damit die Wohngeldauszahlungen zügiger erfolgen können.

Frau Bredehorst stimmt dahingehend zu, dass die Bearbeitungszeiten nicht zufriedenstellend seien. Bezüglich des Personalbestandes sei zunächst das Ergebnis der Organisationsuntersuchung abzuwarten.

Herr Ensmann merkt an, es sei einerseits zwar in Ordnung, wenn sich die Bearbeitungszeit in einem Zeitraum zwischen 8 bis 10 Wochen bewege, andererseits seien die von Frau Burauen geschilderten Fälle mit einzelnen Bearbeitungszeiten von 4 Monaten viel zu lang und nicht akzeptabel.

Herr Schleicher stimmt den Ausführungen von Herrn Ensmann zu. Bis vor drei Monaten sei der Verwaltung auch noch nicht bekannt gewesen, wie viele Anträge gestellt werden. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit betrage derzeit 8 Wochen. Allerdings haben sowohl Kunden als auch die Verwaltung sehr viele Antragsdetails zu bearbeiten. Insoweit gebe es einzelne Anträge, die eine längere Bearbeitungszeit haben. Dieser Zustand müsse in jedem Fall verbessert werden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren stimmen darin überein, dass die Bearbeitungszeit bei Wohngeldanträgen acht Wochen nicht überschreiben sollte.

Die Verwaltung nimmt die Anregung des Ausschusses bezüglich der gewünschten Bearbeitungszeiten gerne auf.

4.24 Beschäftigungsprogramm "Wir im Quartier" hier: mündliche Mitteilung der Verwaltung

Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung habe beabsichtigt, zur heutigen Sitzung eine Beschlussvorlage zum Beschäftigungsprogramm „Wir im Quartier“ vorzulegen. Diese Vorlage habe jedoch nicht abschließend verwaltungsintern abgestimmt werden können. Daher werde der Ausschuss nun mündlich über den Sachstand informiert.

Im Haushaltsplan stehen in diesem Jahr 500.000 Euro für dieses Programm zu Verfügung. Die Verwaltung beabsichtige, in diesem Zusammenhang eine Reihe von neuen Maßnahmen einzubringen.

Bei der Haushaltsplanung für 2010 könne die Verwaltung jedoch noch keine Mittel veranschlagen, da der Haushaltsplan 2010/2011 derzeit erst aufgestellt werde.

Die Verwaltung habe aus den Mitteln 2009 insgesamt 300.000 Euro verausgabt. Mit der Übertragung aus dem Vorjahr stehe zurzeit noch ein Rest von ca. 280.000 Euro zu Verfügung.

Es sei derzeit verwaltungsintern so, dass keine weiteren Mittel mehr veranschlagt werden können und daher nur noch die 280.000 Euro in das nächste Jahr übertragen werden können.

Aus Sicht der Fachverwaltung sei dies nicht die Absicht des Förderprogramms gewesen. Das Förderprogramm sollte über 2 Jahre laufen. Dieses Problem befinde sich derzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung.

Die Sozialverwaltung beabsichtige diesen Abstimmungsprozess zu Ende zu führen und nach der Sommerpause eine entsprechende Beschlussvorlage in den Ausschuss für Soziales und Senioren und den Finanzausschuss einzubringen.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

Herr Pfarrer Decker bittet im Namen der Liga der Wohlfahrtsverbände zu diskutieren, welche Wirkungen die Maßnahmen und Beschlüsse der ARGE aus der letzten Zeit auslösen. Mit dem Hinweis auf massive Überplanungen seien Zuweisungen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten zurückgenommen worden. Dies habe nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Träger, aber auch auf die Betroffenen selbst.

Herr Dr. Schulz erinnert an seine Frage aus der letzten Ausschuss-Sitzung zum Thema Haushalt. Dort sei ihm mitgeteilt worden, dass die ARGE sich auf der Ausgabe-seite genau innerhalb der Zielvorstellungen befinde. Er stelle jedoch fest, dass es wohl doch zunehmend Schwierigkeiten gebe, die zur Kürzung laufender Programme führen. Zu diesem Sachverhalt bittet er nun um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Dr. Schulz fragt hierzu konkret, wie sich die Haushaltssituation aktuell darstelle und in welchem Umfang die Geschäftsführung der ARGE akuten Steuerungsbedarf sehe. Weiter fragt er, wie die Steuerung der Geschäftsführung bei den Haushaltsproblemen aussehe, welche Auswirkungen dies in Bezug auf die laufenden, noch fortzusetzenden oder geplanten Maßnahmen habe und welche Auswirkungen bei den jetzt getroffenen Entscheidungen auf die Trägerstruktur zu erwarten seien. Herr Dr. Schulz erklärt, er befürchte hier massive Auswirkungen und spricht sich für mehr Planungssicherheit für die Zukunft aus.

Herr Dr. Schulz bittet außerdem um Mitteilung, ob die Geschäftsführung der ARGE bei Engpässen versuche, zumindest bei der Arbeitsagentur als einem der Träger der ARGE, auch Beiträge zur Stabilisierung der Situation von Langzeitarbeitslosen freizumachen.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die Situation sei derzeit außerordentlich komplex. Die ARGE habe ihre Entscheidungen nicht leichtfertig getroffen. Die Entscheidungen seien unangenehm, aber notwendig gewesen, da es keine anderen Alternativen gegeben habe.

Er erklärt, bis zum 31.05.2009 seien 42 Mio. Euro für die Hilfe für langzeitarbeitslose Menschen in Köln ausgegeben worden. Aus dem Verwaltungshaushalt seien alleine 3 Mio. Euro in das Hilfesystem für Menschen zurückgeführt worden. Herr Müller-Starmann betont dabei, es gebe nicht nur ein Projekt, sondern es werden sehr viele unterschiedliche Instrumente genutzt. In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage werden diese Instrumente in einem Ausmaß genutzt, dass der ARGE Ende letzten Jahres und zu Beginn diesen Jahres in dieser Deutlichkeit und Höhe nicht bewusst gewesen sei. Dies sei insbesondere im Fall der Eingliederungszuschüsse und im Bereich der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen der Fall.

Herr Müller-Starmann berichtet, um die Maßnahmen voll auslasten zu können, sei eine Überplanung der Normalfall. Nicht berücksichtigt worden sei hierbei, dass die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich besser geworden sei. Dies habe die ARGE in Bezug auf die Überplanungen zusätzlich vor Probleme gestellt.

Herr Müller-Starmann stellt fest, in diesem Jahr werden nahezu 99 Mio. Euro für die Integration und die Unterstützung von Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt oder sonstigen für sie notwendigen Maßnahmen ausgegeben. Alle freiwerdenden Mittel, z.B. zusätzliche Mittel oder weitere Umschichtungen aus dem Verwaltungshaushalt, werde die ARGE dem Eingliederungstitel zuführen. Die ARGE werde dies in einer verantwortungsvollen Art und Weise tun.

Herr Müller-Starmann betont, bei allen Überlegungen und Entscheidungen werde die ARGE berücksichtigen, dass es insbesondere auch kleine Träger gebe, die existenziell von einer Zuweisung ARGE abhängig seien. In diesen Fällen werde die ARGE Einzelfallentscheidungen durch die Geschäftsführung treffen, um hierdurch nicht die Existenz kleinerer Träger zu gefährden.

Frau Bredehorst teilt mit, die beiden Träger der ARGE seien bei den in Rede stehenden Entscheidungen eng eingebunden gewesen und haben diese auch mitgetragen. Sie weist darauf hin, in den letzten Jahren sei die ARGE immer kritisiert worden, dass zu wenig Geld für Integrationsmaßnahmen ausgegeben worden sei. Frau Bredehorst erläutert in diesem Zusammenhang, in diesem Jahr gebe es zum ersten Mal die Situation, dass der Betrag von 100 Mio. Euro im Eingliederungstitel für die Zahl der heute zu betreuenden Arbeitslosen in Köln zu gering sei.

Frau Bredehorst betont, sie könne die geäußerte Kritik dahingehend nachvollziehen, dass man eigentlich hätte voraussehen müssen, dass die Entgeltvariante und Arbeitsgelegenheiten zu teuer seien. Daher habe die ARGE nun die geschäftspolitische Entscheidung getroffen, vor allem individuelle Beschäftigungszuschüsse und Eingliederungszuschüsse weiter fortzuführen, da diese Varianten unmittelbar in den 1. Arbeitsmarkt führen.

Frau Bredehorst gibt zu, dass leider die ursprüngliche Planung nicht mehr stimme. Man habe auch den Fortschritt bei der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE, die mit der Zeit immer besser werden, unterschätzt. Sicher habe auch die Einführung des neuen Geschäftsmodells positive Auswirkungen auf das Arbeitsergebnis gehabt. Frau Bredehorst betont, eine ganz genaue Planung sei nicht möglich. Seitens der Verwaltung werde immer viel Wert auf eine passgenaue und individuelle Förderung gelegt. Frau Bredehorst bemängelt, dass die ARGE derzeit, auch bedingt durch die Ausschreibungsverfahren, nun längerfristiger planen müsse, so dass nicht mehr flexibel genug auf neue Anforderungen reagiert werden könne.

Herr Kersjes bittet die Kennzahlen der ARGE als Anlage zur Niederschrift zu versenden.

Er begrüßt die Ausführungen von Frau Bredehorst. Die heutige Situation sei im Vergleich zum Vorjahr sehr positiv, wenn es nicht diese Überplanung im Haushalt gäbe. Herr Kersjes betont, hierbei stehen nicht allein die Trägerinteressen im Vordergrund, sondern die Folgen für den Arbeitsmarkt. Er befürchtet, dass durch die Überplanung das Instrument der Integrationsjobs für die nächsten drei Monate nicht in dem notwendigen Umfang zu Verfügung stehen, um auf die Entwicklungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können.

Herr Kersjes schließt sich der Anfrage von Herrn Dr. Schulz an, die Ursachen zu benennen, wie es zu dieser Überplanung kommen konnte, um dies für die Zukunft vermeiden zu können.

Herr Kersjes fügt hinzu, von Seiten der Liga werde für die großen Bedarfsgemeinschaften auf eine Beauftragung gewartet.

Frau Dierksmeier ergänzt, es bestehe ihrer Ansicht nach die Gefahr, dass für das Fallmanagement der ARGE immer weniger passende Maßnahmen für arbeitslose Menschen zu Verfügung stehen.

Im Nachtrag zu den Fragen von Herrn Dr. Schulz fragt Frau Dierksmeier, was dies für das von allen mitgetragene Integrationsprogramm der ARGE bedeute und wieso die vorgenannten Maßnahmen und keine anderen gestoppt werden.

Sie betont, dass es zwar zutreffend sei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE erfolgreicher seien, wenn es um Zuweisungen gehe, jedoch sei für sie nicht genau nachvollziehbar, wie die Steuerung in der ARGE funktioniere und wie es zu diesem Planungsfehler kommen konnte.

Frau Blümel macht auf das in einem sehr engen Dialog entwickelte Instrumentarium für Menschen, die nur schwer vermittelbar sind, aufmerksam. Sie befürchtet, dass durch diese Prioritätensetzung eine ganz andere Richtung zulasten dieser schwer vermittelbaren Menschen eingeschlagen werde.

Frau Blümel erinnert darüber hinaus an die ALG-II-Beratungen. Hierfür gebe es ebenfalls noch keine Bewilligung für das 2. Halbjahr 2009.

Herr Dr. Schulz begrüßt die Auskunft der Verwaltung, dass Zielgruppenträger erhalten und geschützt werden sollen. Betroffen von der Prioritätensetzung der ARGE seien jedoch auch andere Träger, die ebenfalls gebraucht werden. Es sei jedoch ein falsches Verständnis des Subsidiaritätsprinzips, wenn die Träger die Probleme der ARGE, dass zu geringe Mittel zu Verfügung stehen, lösen müssten.

Frau Dr. Köhler fragt, wie viele Kurzarbeiter es zurzeit in Köln gebe und wie viel Prozent vom Budget das Kurzarbeitergeld ausmache. Sie bittet um eine Einschätzung der Verwaltung zum aktuellen Trend.

Frau Bredehorst weist darauf hin, das Kurzarbeitergeld betreffe in erster Linie die Bereiche ALG I und einen Teilbereich des SGB II, der nicht von der ARGE betreut werde, sondern Sache der Arbeitsagentur sei.

Frau Bredehorst erklärt, natürlich könne man die geschäftspolitische Entscheidung kritisieren, dass eine Streichung bei den verhältnismäßig teuren Arbeitsgelegenheiten vorgenommen wurde, nicht aber bei den Eingliederungszuschüssen. Den Vorwurf, dass Arbeitslosen die nötigen Hilfen verweigert werden, weist Frau Bredehorst entschieden zurück. Auch sei es nicht so, dass Langzeitarbeitslose mit besonderen Schwierigkeiten nicht mehr in der notwendigen Weise gefördert werden.

Herr Müller-Starmann teilt zum Thema Kurzarbeit mit, das Problem sei bisher in nennenswertem Umfang als ergänzende Leistung der ARGE in Köln noch nicht angekommen. Die Frage von Frau Dr. Köhler könne leider nicht genauer beantwortet werden.

Herr Müller-Starmann verdeutlicht an einem Beispiel die Veränderungen von letztem zu diesem Jahr. Im gesamten Jahr 2008 habe es Eingliederungszuschüsse ungefähr in Höhe von 650 Fällen gegeben. Zum 31.05.2009 gebe es den aktuellen Stand von 1.500 Fällen. Die Notwendigkeit hier steuernd einzugreifen, sei selbstverständlich.

Bezug nehmend auf das Thema Ausschreibungen teilt Herr Müller-Starmann mit, es gebe auch hier ein Problem zu lösen. Für das nächste Jahr müsse eine Überein-

stimmung zwischen den Verpflichtungsermächtigungen und den Ausschreibungen erzielt werden. Es können im nächsten Jahr nur Ausschreibungen in der Höhe vorgenommen werden, die der Bund der ARGE als Verpflichtungsermächtigungen zuteile, d.h. zurzeit ca. 47 Mio. €. In den nächsten Tagen werde die ARGE berechnen, in welcher Höhe Mittel für Maßnahmen verplant seien und danach weitere Entscheidungen treffen. Nachfolgend gibt Herr Müller-Starmann hierzu einige weitere Erläuterungen.

Herr Müller-Starmann betont, die ARGE beabsichtige, die Planungen solide vorzunehmen, um auf Dauer den Verlauf der angebotenen Maßnahmen begradigen zu können.

*Der Sachstandsbericht der ARGE wird als **Anlage** dieser Niederschrift beigelegt.*

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 06/2009 2333/2009

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren nehmen den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

7.1 "Erhalt der Überlebensstation "Gulliver" am Hauptbahnhof" AN/0985/2009

Herr Helling begründet den vorliegenden gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Herr Helling erklärt, „Gulliver“ sei ein hervorragend akzeptiertes niederschwelliges Angebot. Er erklärt, die Antragsteller seien der Auffassung, dass dieses Angebot an genau dieser Stelle optimal sei und dort erhalten bleiben müsse.

Herr Ensmann erklärt, er sei erschrocken und empört darüber gewesen, in der Presse über die bevorstehende Kündigung des Vertrags mit „Gulliver“ zu erfahren und als Ausschuss für Soziales und Senioren quasi vor vollendete Tatsachen gestellt und aufgefordert zu werden, hier eine Lösung zu finden.

Herr Ensmann betont, die damals getroffene Entscheidung, Gulliver an diesem Standort unterzubringen, sei sehr gut gewesen.

Herr Ensmann teilt mit, es sei eine Tatsache, dass diese Personen sich immer im Ballungszentrum aufhalten. Daher sei es im Interesse der Stadt und müsse eigentlich auch im Interesse der Bahn sein, diesen Standort zu erhalten. Wenn die Hauptbahn-

hofsverwaltung eine Alternative anbieten sollte, sei er dafür, diese ebenfalls zu prüfen.

Herr Ensmann bittet die Verwaltung, nachträglich den Ausschuss für Soziales und Senioren über die Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten aufzuklären.

Er regt an, bei Bedarf die sozialpolitischen Sprecher zu den Gesprächen des Arbeitskreises „Dom/Hauptbahnhof“ hinzuzuziehen.

Herr Pohl (FDP) befürchtet, dass die Hauptbahnhofsverwaltung keine Rücksicht auf die Auffassung des Ausschusses nehmen werde und sieht daher nur geringe Erfolgchancen für diesen Antrag, den er jedoch persönlich befürwortet. Er spricht sich dafür aus, für den Fall, dass „Gulliver“ diesen Standort wirklich verlassen müsse, eine Alternativlösung zu fordern.

Herr Kluth äußert ebenfalls seine Zweifel, dass die Bahnverwaltung immer im Interesse der Stadt Köln handle. Er regt an, den Druck auf die Hauptbahnhofverwaltung zu erhöhen und unterstreicht den Antrag, „Gulliver“ an genau diesem Standort zu belassen. In den Antrag die Möglichkeit einer Alternative einzubeziehen, hält er daher für falsch.

Frau Bredehorst weist darauf hin, dass die Verwaltung auch erst jetzt von dem Problem erfahren habe. Die Verwaltung habe sich daraufhin sofort mit dem Bahnstationsmanagement in Verbindung gesetzt. Zu weiterführenden Gesprächen sei es urlaubsbedingt jedoch noch nicht gekommen.

Frau Bredehorst teilt mit, zu Beginn der Sommerferien werde es ein Gespräch mit den verschiedenen Beteiligten geben. Frau Bredehorst schlägt vor, den Runden Tisch zunächst ohne die politischen Vertreter stattfinden zu lassen. Sollte es dort zu keinem Interessenausgleich kommen, werde die Verwaltung die Politik einschalten.

Frau Bredehorst erklärt, zurzeit werde der Streit in den Medien ausgetragen, dies sei für eine Einigung schädlich. Eine genaue Abwägung der Argumente und der Beweggründe sei jedoch hier dringend erforderlich. Sie habe den Eindruck, dass der Hauptbahnhofsverwaltung nicht klar gewesen sei, welche gute Funktion „Gulliver“ in diesem Zusammenhang auch für die Bahn ausübe. Das sei für sie das stärkste Argument für den Erhalt an diesem Standort. Die Arbeit des Arbeitskreises „Dom/Hauptbahnhof“ funktioniere nur deshalb so gut, weil die Hilfeinrichtungen sich in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof befinden.

Frau Bredehorst teilt mit, sie sei zuversichtlich, dass die Stadt und Hauptbahnhofsverwaltung ein gleiches Interesse haben und somit zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden.

Sie begrüßt, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren diesbezüglich eine so eindeutige Position für den Standort beziehe. Sollte sich bei den Gesprächen herausstellen, dass dies nicht haltbar sei, werde sie auch mögliche Alternativen berücksichtigen.

Herr Kluth stellt nachfolgend den gemeinsamen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss fordert die Verwaltung auf, unverzüglich Gespräche mit der Hauptbahnhofsverwaltung zu führen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um einen Verbleib des „Gulliver“ am derzeitigen Standort zu erreichen.

Hierbei ist es erforderlich,

- die fachliche Würdigung der betroffenen Fachdienststellen und Interessensvertretungen, die in der StadtAG Wohnungslosenpolitik seit Jahren effektiv arbeiten, und die dieses Projekt uneingeschränkt unterstützen, gegenüber der Bahnhofsverwaltung zur Geltung zu bringen.
- der Bahnhofsverwaltung anzubieten, die Kompetenz der Kölner Feuerwehr bei der Erarbeitung eines Brandschutzkonzeptes für den Standort "Gulliver" zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Investitionen in Mietobjekte hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009 AN/0308/2009

zu 8.1.1 Antwort der Verwaltung 2090/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8.1.2 Einkaufsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.04.2009 AN/0663/2009

zu 8.1.2 Antwort der Verwaltung 2081/2009

Siehe TOP 3.1.

8.1.3 Embrace Hotels - integrative Betriebe der Hotellerie
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.04.2009
AN/0691/2009

zu 8.1.3 Antwort der Verwaltung
1865/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8.1.4 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2009
AN/0700/2009

Die Antwort der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

8.1.5 Kosten der Unterkunft im SGB II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.04.2009
AN/0705/2009

zu 8.1.5 Antwort der Verwaltung
1926/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8.1.6 Empfehlungen in Fällen von Nichtvermittelbarkeit
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.04.2009
AN/0706/2009

zu 8.1.6 Antwort der Verwaltung
1800/2009

Herr Kellner hält die Beantwortung der Frage 4. für zu kurz um sich eine Vorstellung von dem Vorgehen machen zu können. Für ihn sei auch von Interesse, in welchem Zeitraum solche Gespräche geführt werden.

Weiterhin fragt Herr Kellner zu Frage 1, was unter dem Begriff „andere Austritte“ gemeint sei. Er bittet zu prüfen, ob die einzelnen Angaben mehr spezifiziert werden können.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die Antwort auf Frage 4 sei deshalb so kurz ausgefallen, da es um einen individuellen Prozess gehe, der unmittelbar im Anschluss an die Rückgabe von der JobBörse an den persönlichen Ansprechpartner in der ARGE er-

folge. In diesem Prozess werden die bestehenden Möglichkeiten weiterer Vorgehensweisen miteinander ausgelotet. Diese beziehen sich auf die gesamte Bandbreite der Angebote, die die ARGE anzubieten habe. Grundsätzlich spiele das, was die JobBörsen den Menschen als Hilfeplanvorschlag und damit der ARGE geben, eine entscheidende Rolle in diesem Folgegespräch.

Herr Müller-Starmann erklärt, bei den sonstigen Austritten handele es sich nach der Systemlogik der JobBörsen um den Austritt, der nicht in eine schon vorher bekannte Folgemaßnahme und nicht in eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmaßnahme führe, sondern der im Regelfall zurück zur ARGE. Es handele sich dabei um die Fälle, in denen die ARGE in den weiteren Beratungsprozess mit der oder dem einzelnen Hilfebefürtigten einsteige.

Herr Kersjes weist darauf hin, im Text zur Frage 2 sei die genannte Prozentzahl in Höhe von 19,4 % bei den erfolgten 2.279 Vermittlungen falsch. Im oberen Teil des Schaubildes zu Frage 1 sei die Prozentzahl richtig mit 32,3% angegeben.

Außerdem bittet er, den Evaluationsbericht zum JobBörsen-Programm dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Präventions- und Beratungsarbeit im Bereich männlicher Prostitution AN/2560/2008

Herr Dr. Leidel informiert den Ausschuss für Soziales und Senioren mündlich über die Präventions- und Beratungsarbeit im Bereich der männlichen Prostitution aus Sicht des Gesundheitsamtes. Eine schriftliche Beantwortung folgt nach.

Zu Frage 1 teilt Herr Dr. Leidel mit, natürlich spielen auch männliche Prostituierte aus Sicht der Gesundheitsverwaltung eine erhebliche Rolle. Dies gelte insbesondere für männliche Prostituierte, die sich in homosexuellen Kontexten prostituieren. Zahlen habe die Verwaltung selbst nicht, jedoch die Beratungsstelle Looks e.V. Dort werde geschätzt, dass im Laufe eines Jahres in Köln insgesamt ca. 1.000 Männer der Prostitution nachgehen. Dabei sei die Fluktuationsquote sehr hoch.

Zu Frage 2 erklärt Herr Dr. Leidel, die Verwaltung selbst nehme diese Aufgabe nicht wahr. 1995 sei mit Unterstützung der Gesundheitsverwaltung der Looks e.V. als eigenständiger Träger für diese Arbeit gegründet worden. Auftrag von Looks seien die HIV-Prävention, die Gesundheitsförderung und die psychosoziale Versorgung männlicher Prostituierten in Köln. Es handele sich hier um eine niedrigschwellige Anlaufstelle. In diesem Zusammenhang führe man auch Steetwork durch. Die Stadt bezuschusse die wichtige Arbeit von Looks mit insgesamt ca. 100.000 Euro im Jahr.

Zu Frage 3 führt Herr Dr. Leidel aus, das Zentrum der entsprechenden Angebote der Stadtverwaltung sei die Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen einschließlich AIDS im Gesundheitsamt. Dort gebe es, auf Wunsch auch anonyme, immer vertrauliche und kostenlose Beratung, fachärztliche Untersuchung und Behandlung. Diese stehe allen Personen offen. Diese Angebote werden zu 50 % von männlichen Personen in Anspruch genommen. Es sei nicht erforderlich, dass sich diese Personen als Prostituierte outen müssen, um diese Angebote wahrnehmen zu können. Die Gesundheitsverwaltung habe in der Vergangenheit zusammen mit Looks

ein spezielles Untersuchungsangebot für die von Looks betreuten männlichen Prostituierten anbieten können. Dieses Angebot habe man zwischenzeitlich aus personellen Gründen leider einstellen müssen. Derzeit werde nach einer neuen Ärztin oder einem neuen Arzt für diesen Aufgabenbereich gesucht. Herr Dr. Leidel hofft, dass dieses Angebot bald wieder aufgenommen werden könne.

Zu Frage 4 weist Herr Dr. Leidel darauf hin, der wichtigste Kooperationspartner sei Looks e.V. Die Aidshilfe Köln habe kein spezielles Angebot für männliche Prostituierte, jedoch zeichne sich gerade in Köln die Arbeit auf diesem Gebiet durch einen hohen Grad an Kooperation und Vernetzung aus.

Zu Frage 5 teilt Herr Dr. Leidel mit, dass es seines Wissens kein spezielles Angebot für Prostituierte innerhalb der Stadtverwaltung gebe. Bei bestimmten Problemlagen werden die Personen, die sich an das Gesundheitsamt wenden, entsprechend weitervermittelt. Für weibliche Prostituierte gebe es ein nicht so umfassendes Angebot wie für männliche Prostituierte bei Looks. Für weibliche Prostituierte gebe es Betreuungsangebote über den Sozialdienst Katholischer Frauen für die Betreuung auf dem Straßenstrich oder AGISRA, deren Angebote sich nicht speziell nur an Prostituierte wenden.

Frau Wilden fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen der Unterstützung oder Förderung der männlichen Prostitution durch Looks e.V. und der Kölner Spitzenposition an AIDS-Neuerkrankungen gebe.

Herr Dr. Leidel verneint dies. Er betont, es sei im Gegenteil so, dass wahrscheinlich die Zahl der Neuinfektionen in Köln durch die Betreuungsangebote und die gesundheitlichen Angebote für diese Menschen niedriger sei, als sie es ohne diese wäre.

Auf eine weitere Nachfrage von Frau Wilden erklärt Herr Dr. Leidel, dass es zwar ein guter Beratungserfolg sei, wenn sich Personen entscheiden, aus der Prostitution auszusteigen. Dadurch würde allerdings das Phänomen der Prostitution nicht geringer. Die Gesamtzahl der Prostituierten richte sich hierbei ziemlich nach dem Bedarf.

Herr Helling bittet eine Zusatzfrage zu Frage 5 aufzunehmen. Die kommunale Finanzierung von Looks erfolge im Wesentlichen im Zuge der AIDS- und Präventionsarbeit. Jedoch sei zu berücksichtigen, dass gerade diese Klientel nicht ohne weiteres an das restliche Beratungsnetz weitervermittelt werden könne. Herr Helling bezieht sich hierbei auf Bedarfe nach dem SGB II und der beruflichen Reintegration. Es sei daher für Looks auch notwendig, Beratungen nach dem SGB II oder Ausländerrecht etc. anzubieten. Die Schwerpunktförderung ausschließlich aus dem AIDS- und Präventionsbereich sei für Herrn Helling hier nicht ganz passend.

Herr Helling bittet, diese Thematik in die Beantwortung der Fragestellung aufzunehmen.

Frau Eylert fragt in welchen Zuständigkeitsbereich das Hotel für Jugendliche Haus „Sonnenschein“ in Köln-Deutz, Graf-Geßler-Straße falle.

Die Verwaltung nimmt die Anfragen von Herrn Helling und Frau Eylert in die schriftliche Beantwortung mit auf.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen 2130/2009

Frau dos Santos Herrmann bittet, die Beschlussvorlage auch dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Außerdem regt sie an, nach spätestens einem Jahr eine Evaluation vorzulegen, mit Angaben über die Teilnehmerzahlen und einer Einschätzung, wie sich das Angebot auf die soziale Stabilisierung der betroffenen Menschen auswirke.

Die Verwaltung nimmt die Anregung von Frau dos Santos Herrmann gerne auf und wird die Beschlussvorlage kurzfristig dem Integrationsrat vorlegen.

Herr Ensmann fragt, ob künftig jeder, der einen Antrag stelle, bei der Förderung in voller Höhe oder ggf. auch mit Kürzungen berücksichtigt werden könne. Die Förderung sollte in der Höhe jedoch so gestaltet sein, dass sie noch sinnvoll sei. Es sei ggf. auch möglich, Angebote nicht zu fördern, wenn die Haushaltsmittel im Vergleich zu den gestellten Anträgen nicht ausreichen und weitere Kürzungen für alle keinen Sinn machen.

Frau Bredehorst teilt mit, in jedem Jahr müsse neu geprüft werden, wie sich die Antragslage darstelle.

Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Vergabe der Mittel für die Förderung von Angeboten für ältere Migranten/innen in Höhe von 30.000 € wie in Anlage 1* zu dieser Beschlussvorlage dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

** Diese Anlage ist nicht mehr der Niederschrift beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 2) 1975/2009

Herr Ensmann kann nicht nachvollziehen, dass Antragsteller, die eine finanzielle Unterstützung von der Stadt haben wollen, trotzdem von der Verwaltung mehrfach an die Vorlage von Unterlagen erinnert werden müssen. Er regt an, den Antragstellern auch ganz klar zu verdeutlichen, dass Investitionskosten nicht förderfähig seien.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Herr Kluth stellt nachfolgend den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit gemäß der beigefügten Anlage 1*.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuführen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm, 5. Programmstufe 2009 0501/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt aus der 5. Programmstufe des Soziale Stadt-NRW Mülheim Programms die Fortführung der beiden in Köln-Mülheim durchgeführten Projekte „Jobrapid“, Träger CSH Christliche Sozialhilfe Mülheim und „Starthilfe aus einer Hand“, Träger CSH und Schuldnerhilfe e.V..

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Sanierung Porz-Finkenbergr Soziale Stadt NRW 0512/2009

Herr Ensmann fragt, inwiefern das Dez. V bei Erstellung der Beschlussvorlage eingebunden gewesen sei und wer die Bewertung, die Umsetzung und den Erfolg dieser Maßnahmen vornehme.

Herr Santelmann erklärt, auf der Arbeitsebene sei sehr wohl das Amt für Soziales und Senioren einbezogen worden, jedoch bei der Erstellung der Beschlussvorlage nicht mehr.

Herr Kluth hält bei der nächsten Programmstufe eine Einbeziehung bei der Vorlagengenerierung für sinnvoll.

Herr Pohl (FDP) äußert die Vermutung, dass die Fortführung des Projektes Garten- und Landschaftsbau keinen Sinn mache. Diesbezüglich verweist er auf zwei Ausführungen auf Seite 7, letzter Satz zu Punkt 7.: „Deshalb ist eine Verlängerung der Maßnahme nur in Einzelfällen sinnvoll und wird nur bedingt von der Projektleitung oder auch den ARGen befürwortet.“ sowie letzter Absatz auf Seite 7 zu Punkt 8.: „Anzumerken ist, dass es trotz guter Qualifikation ...schwierig ist, die Teilnehmer im Bereich Gartenbau zu vermitteln....“ Herr Pohl bittet die Verwaltung, auch in Bezug auf die weitere Zukunft dieser Qualifizierungsmaßnahme Stellung zu nehmen.

Herr Nahrwold teilt mit, dass von den Menschen, die in diesen Maßnahmen ausgebildet wurden insgesamt 23 in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Es sei schwierig, Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen unterzubringen. Mit der Quote an sich sei die Verwaltung zufrieden und hoffe, dass diese Quote auch gehalten werden könne.

Herr Kluth schlägt der Verwaltung vor, die Kritikpunkte von Herrn Pohl in die Sitzung des nächsten Gremiums in der Beratungsfolge mitzunehmen und dann dort eine Stellungnahme abzugeben.

Abschließend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Fortführung der beiden im Sanierungsgebiet Porz-Finkenbergr durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung der Bewohnerstruktur und Qualifizierung junger Arbeitsloser in Porz-Finkenbergr im Bereich Hauswirtschaft / Cateringservice sowie im Garten- und Landschaftsbau. Darüber hinaus beschließt er eine weitere Qualifizierungsmaßnahme im Bereich Büro, Handel und Dienstleistung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP

10.3 Umsetzung des Konzeptes zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten (1. Umsetzungsphase) und Mittelfreigabe in 2009 2153/2009

Herr Helling bittet die Verwaltung, nach der Sommerpause einen Erfahrungsbericht über die bisherige Konzepterstellung vorzulegen und über die bisherigen ersten Umsetzungsschritte, damit eingeschätzt werden könne, ob sich diese Investition gelohnt habe oder nicht.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Herr Kluth stellt nachfolgend den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren fasst den folgenden Beschluss und empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die „Kölner Freiwilligen Agentur“ mit der Umsetzung des Konzeptes zur „Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten“ auf der Grundlage des bisherigen Beschlusses zu beauftragen.

Die Beauftragung erfolgt unter der Maßgabe, dass auch bei der Umsetzung des Konzeptes die Potenziale der in Köln in dem Bereich „Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements“ tätigen Träger sowie die Arbeit der Arbeitsgruppen des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement und die Optimierung des Zusammenwirkens im Sinne der Schaffung von Synergie-Effekten angemessen berücksichtigt werden.

Eine Beteiligung der weiteren Mitglieder des „Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement“ (KABE) und anderer Organisationen, die im Handlungsfeld „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ als Akteure eine tragende Rolle einnehmen, in der Umsetzungsphase wird weiterhin ausdrücklich gewünscht und erwartet.

Für 2009 stehen Mittel in Höhe von 40.000 € im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Der Finanzausschuss stimmt der Mittelfreigabe zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 Entwicklung und Umsetzung eines Modell-Projektes zur Qualifizierung von Integrationslotsen und Mittelfreigabe entsprechender Haushaltsmittel in 2009 2167/2009

Herr Helling erklärt, er habe gebeten zu prüfen, inwiefern man Integrationslotsen als Beschäftigungsmaßnahme einsetzen könne. In dem jetzigen Konzept gehe es jedoch nur noch um reine Ehrenamtlichkeit.

Frau Fohlmeister nimmt hierzu Stellung und erklärt, zunächst werde die Verwaltung das Konzept und die inhaltliche Ausgestaltung der Qualifizierung vorgelegt. Sobald die Finanzierung gesichert sei, werde das Interkulturelle Referat die Gespräche mit der ARGE intensivieren.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren fasst den folgenden Beschluss und empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Zur Fortführung und Umsetzung des in 2008 begonnenen Integrationslotsenprojektes werden die bisher am Projekt beteiligten Integrationsagenturen

- Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband
- Caritasverband für die Stadt Köln
- Vingster Treff (DPWV)
- DRK Zentrum
- LV Synagogengemeinde Köln

beauftragt, das ressortübergreifende Konzept gemäß der beigefügten Anlage (Anlage 1) umzusetzen.

Die Durchführung der Maßnahme als zweisprachige Qualifizierung in den am häufigsten gesprochenen Herkunftssprachen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen (speziell türkisch und russisch, bei Bedarf auch in Teilen) ist dabei zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

Die Umsetzung soll mit Priorität in den bereits eingerichteten Sozialräumen erfolgen. Darüber hinaus sind aber auch die Stadtteile in Betracht zu ziehen, die nicht sich nicht in einem der definierten Sozialräume befinden, aber einen hohen Migrantenanteil aufweisen.

Ein gemeinsamer Auswertungsbericht der Träger mit Aussagen zu Wirksamkeit und Perspektiven der Verstetigung sind den zuständigen Fachausschüssen nach Beendigung des Projektes kurzfristig vorzulegen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Mittel in Höhe von 25.000 € in 2009 an die oben genannten beauftragten Träger zu vergeben. Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Der Finanzausschuss stimmt der Mittelfreigabe zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen Vingster Treff e.V. und KALZ e.V.
hier: Bewilligung eines einmaligen Zuschusses zur dv-technischen Optimierung
2218/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, dem Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ) e.V. und dem Vingster Treff e.V. einen einmaligen Zuschuss in Höhe von insgesamt 3.200 € zur dv-technischen Optimierung zu gewähren.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 3.200 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut 5156/2008

Herr Kluth bittet, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da die SPD-Fraktion hierzu noch einen Antrag stellen wolle, der noch abgestimmt vorliege.

Herr Kellner fragt zu Seite 18, zum Ausbau von Ganztagschulen, warum der Ausbau von Gymnasien vorrangig vor Real- und Hauptschulen vorgenommen werde. Da Kinder benachteiligter Familien vorrangig die Hauptschule besuchen, spricht sich Herr Kellner dafür aus Hauptschulen vorrangig in Ganztagschulen umzuwandeln. Weiterhin merkt Herr Kellner zu dem Satz auf Seite 5: „Die Gesetzeslage – insbesondere ALG II – als eine hauptsächliche strukturelle Ursache von steigender Armut ist über kommunales Handeln nicht zu verändern.“ an, diese Aussage alleine sei sehr desillusionierend. Daher bitte er für seine Fraktion den Hinweis hinzuzufügen, dass die Kommune sehr wohl Einfluss auf die Ausgestaltung der Gesetze nehmen könne.

Herr Pohl (FDP) hält die Beschlussvorlage grundsätzlich für gut. Es sei wichtig, dass die Leistungen tatsächlich auch bei den Kindern ankommen. Er bedauert, dass diese Hauptfrage nicht beantwortet werde. Es werden zwar viele Einzelmaßnahmen aufgeführt, die alle ihren Zweck erfüllen, aber diese große Frage sei für ihn mit dem Konzept nicht befriedigend beantwortet.

Frau Langenbach verweist auf einen Erlass des Landes aus dem Jahr 2008 zum Ausbau von Realschulen und Gymnasien. In diesem Zusammenhang habe der Rat in Köln den Ausbau von jeweils acht Gymnasien und Realschulen beschlossen. Weitere Schulen werden folgen. Vorgeschlagen und ausgewählt wurden diese Schulen nach sozialen Kriterien auf Grundlage der Sozialraumanalysen.

Frau Langenbach erklärt, die meisten Hauptschulen seien bereits Ganztagschulen.

Frau Bredehorst ergänzt, es sei auch wichtig, dass auch weiterführende Schulen als Ganztagschulen ausgebaut werden, weil auch dort arme Kinder zur Schule gehen, um dort die fehlende Elternunterstützung im Wege des Ganztagsbetriebes zu ersetzen.

Frau Bredehorst unterstützt die Aussage von Herrn Kellner, dass es desillusionierend sei, wenn die Kommune am Gesetzgebungsverfahren nicht beteiligt sei. Das Grundgesetz sehe nur eine Beteiligung der Länder, nicht aber der Kommunen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

11.2 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Wohngebäuden Am Rolshover Hof 1 - 26, 51105 Köln - Poll. 0987/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Durchführung von Maßnahmen zur Gebäudedämmung gemäß der Energiesparverordnung für die städtischen Wohngebäude Am Rolshover Hof 1-26, in 51105 Köln-Poll entsprechend der Leistungs- und Kostenberechnung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln vom 03.07.2008 (Anlage 1 *).

Die Verwaltung wird beauftragt, den Auftrag in Höhe von 1.341.000 € zur Umsetzung an die städtische Gebäudewirtschaft zu erteilen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 1003 Wohnen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.3 Handlungskonzept Demographischer Wandel - Bericht - 1754/2009

Herr Ensmann bedankt sich für den sehr aussagekräftigen Bericht. Er fragt nach dem Sachstand der noch ausstehenden Umfrage.

Herr Noth gibt zur Kenntnis, dass sich die Umfrageergebnisse der Demographieumfrage derzeit in der Vergabe befinden. In diesem Jahr rechne die Verwaltung mit der Fertigstellung und Auswertung.

Herr Noth fügt hinzu, die Integrationsumfrage werde erst im Herbst gestartet, so dass spätestens zu Beginn des nächsten Jahres mit Ergebnissen gerechnet werden könne. Über die Ergebnisse werde die Verwaltung ausführlich in den Ausschüssen berichten.

Herr Kluth hält dann eine genauere Diskussion für erforderlich.

Herr Kellner vermisst auf Seite 73 den Teil des Beschlusses, neben dem nicht nur die Verdopplung der Plätze zugesichert werde, sondern dass dafür Sorge getragen werde, dass alle, die an den GU-Grundschulen waren, auch an weiterführenden Schulen einen Platz bekommen.

Die Verwaltung nimmt den Hinweis von Herrn Kellner auf.

Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Bericht zum Handlungsbedarf, der durch den demographischen Wandel in Köln entsteht, zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des vorliegenden Berichts und der noch ausstehenden Ergebnisse der Umfragen zum Demographischen Wandel und zur Integration ein Handlungskonzept zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" 1885/2009

Frau Schultes lobt das Handlungskonzept und dankt der Verwaltung dafür. Sie hofft, dass nach der Wahl auch weiterhin die notwendigen finanziellen Mittel zu Verfügung stehen, um das Konzept zügig umzusetzen zu können.

Herr Pohl (FDP) hält es für wichtig, dass dieses Handlungskonzept entsprechend gewürdigt wird.

Herr Ensmann dankt für das Konzept und befürwortet die Absicht der Verwaltung, dieses Konzept kurzfristig umsetzen zu wollen. Herr Ensmann hält die Umsetzung all dieser Maßnahmen für wichtig. Er hofft, dass hierfür genug Mittel zu Verfügung stehen.

Herr Ladenberger lobt das Konzept der Verwaltung. Die Umsetzung der Erklärung von Barcelona auf Kölner Verhältnisse sei recht gut gelungen. Er hält das Konzept für sehr entwicklungsfähig im Hinblick auf weitere Angebote. Herr Ladenberger betont, es müsse dafür gesorgt werden, dass das Konzept in die Köpfe der verantwortlich Handelnden komme.

Herr Kellner dankt in diesem Zusammenhang der Verwaltung für alle drei heute vorliegenden Konzepte.

Er regt an, neben dem auf Seite 24 erwähnten Ratsbeschluss auch weitere Beschlüsse, die zu diesem Thema gefasst wurden, aufzunehmen. Zu den auf Seite 31 genannten Maßnahmen zum Thema Schule schlägt er vor, mit aufzunehmen, dass

mehr Plätze für den gemeinsamen Unterricht an weiterführenden Schulen geschaffen werden sollten.

Auf Seite 64 bittet er den Satz: „Die Stadt fördert die Gründung von Integrationsfirmen in Köln“ um die Formulierung „...fördert die Gründung und die Arbeit...“ zu ergänzen.

Herr Kellner fragt, warum in dem Kapitel Kunst, Kultur und Sport der Zoo nicht aufgeführt werde.

Außerdem regt er an, dass die Verwaltung die Parteien auffordern solle, ihre Büros und Veranstaltungen barrierefrei zu gestalten und ihre Programme in leichte Sprache zu fassen.

Frau Reinecke nimmt die vorgenannten Anregungen gerne auf. Frau Reinecke betont, dass dieses Konzept nicht am Ende eines Prozesses stehe, sondern eher in der Mitte eines Prozesses zu sehen sei. Insofern gebe es noch viele Punkte die noch nicht genannt und die noch zu ergänzen seien. Das Konzept beschränke sich jedoch zunächst ganz bewusst auf die Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung.

Das Ergebnis werde nach Ansicht von Frau Reinecke nicht nur von den finanziellen Mitteln abhängig sein. Sie sehe in dem breiten Beteiligungsprozess innerhalb der Verwaltung, der zur Erarbeitung des Konzeptes stattgefunden habe, bereits einen ganz wichtigen Schritt zur Umsetzung.

Herr Helling erklärt, im Unterschied zu vielen anderen Konzepten, handele es sich hier um ein Handlungskonzept, bei dem tatsächlich alle darin enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden und dass regelmäßig eine Berichterstattung erfolge.

Frau Bredehorst hält das Handlungskonzept Behindertenpolitik für einen vorläufigen Höhepunkt der sehr rasanten behindertenpolitischen Arbeit in der Stadt Köln. Sie erläutert weiter die bisherige Entwicklung der behindertenpolitischen Arbeit, die 2002 mit dem Beschluss „Barrierefreies Köln“ eingeleitet worden sei. Frau Bredehorst dankt dem Ausschuss für Soziales und Senioren ausdrücklich für seinen stetigen Zuspruch und die Unterstützung.

Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt das Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und beauftragt die Verwaltung im Sinne des Konzeptes tätig zu werden.

Die Umsetzung der benannten Ziele und Maßnahmen wird im Rahmen eines regelmäßigen Berichtswesens überprüft. Ein ausführlicher Bericht wird Politik und Verwaltung alle zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik durch die re-

gelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.5 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - Statusbericht
1947/2009**

Herr Kluth verabschiedet sich wegen eines Anschlusstermins und übergibt die Sitzungsleitung für den Rest der Sitzung an Herrn Ensmann.

Herr Ensmann stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den vorliegenden Statusbericht zu den Leitlinien für ein soziales Köln zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, den Entwicklungsbericht mit Sachstand 31.12.2009 zu erstellen und dem Rat der Stadt Köln bis zur Sommerpause 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11.6 Durchführung der Interkulturellen Woche in Köln - Zuschuss an den
Caritasverband für die Stadt Köln
1368/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Die Verwaltung wird ermächtigt, dem Caritasverband für die Stadt Köln als Träger der Geschäftsstelle der Interkulturellen Woche Köln einen Zuschuss in Höhe 15.000 € für das Jahr 2009 zur Durchführung der Interkulturellen Woche 2009 zu gewähren.

Die Finanzierung erfolgt im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, durch Sollverlagerung von Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, zu Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.7 Zuschuss für den Verein "Christlich-Islamische Gesellschaft e.V."
1367/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Verein „Christlich-Islamische Gesellschaft e.V.“ (CIG e.V.) mit einem Zuschuss in Höhe 15.000 € für das Jahr 2009 zu fördern.

Die Finanzierung erfolgt im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, durch Sollverlagerung innerhalb der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.8 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für
das Jahr 2009 hier: Förderanträge Islamischer Kulturverein e.V., Ju-
gendhilfe Afrika 2000 e.V., Weltmusik, Klezmer und Ästhetik Akade-
mie-Integrations- und Begegnungszentrum e.V.
2251/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 Transferleistungen, veranschlagten Mitteln die Förderung der Interkulturellen Zentren

Islamischer Kulturverein e.V.,
Jugendhilfe Afrika 2000 e.V.,
Weltmusik, Klezmer u. Ästhetik Akademie, Integrations- u. Begegnungszentrum e.V.
für 2009 in Höhe von insgesamt 20.000 € gemäß Anlage 2 *.

** Die Anlage wird nicht mehr mit dieser Niederschrift umgedruckt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

13 Anfragen

13.1 Ratsbeschluss zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der Verwaltung hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling

Herr Helling fragt zum Beschluss des Rates zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung primär in der Verwaltung, wann die bis zur Osterpause zugesagte Vorlage den politischen Gremien vorgelegt werde. Dieser Ratsbeschluss betreffe nicht nur den Sozialbereich, sondern auch die Bereiche Stadtentwicklung und Jugendhilfe. Er bittet kurzfristig den Fraktionen mitzuteilen, aus welchen Gründen die Verwaltung diese Vorlage bisher nicht vorgelegt habe.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

13.2 Hearing "Straffälligenhilfe"
hier: mündliche Anfrage von Herrn Helling

Herr Helling spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung das Ergebnis des Hearings „Straffälligenhilfe“ dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen solle. Er erwartet, dass die Verwaltung das Hearing selbständig auswerte und dann Vorschläge mache, wie in diesem Prozess einzelne Optimierungsschritte aussehen könnten.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)